

## Vorlage Stadtparlament

Datum	12. Mai 2026
Beschluss Nr.	1508
Aktenplan	132.26 Initiativen

### Parkgebühr-Initiative; Bericht und Antrag des Stadtrates

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Parkgebühr-Initiative wird ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

---

#### 1 Zusammenfassung

Am 28. Januar 2026 ist die «Parkgebühr-Initiative» rechtsgültig zustande gekommen. Sie verlangt verschiedene Änderungen des Reglements über das Parkieren auf öffentlichem Grund vom 28. November 2006 (Parkierreglement; SRS 712.2). Unter anderem sollen Parkuhren weiterhin mit Münzen und Ticketsysteme zusätzlich mit Banknoten bedienbar sein. Zudem fordert die Initiative, dass Tageskarten für die Erweiterte Blaue Zone (EBZ) sowohl analog als auch digital erhältlich sind. Weiter sollen Parkplätze für gehbehinderte Personen, Kurzzeitparkplätze bis 30 Minuten sowie Parkplätze der freien Zone nicht bewirtschaftet werden. Zusätzlich soll die Bewirtschaftungszeit sonntags sowie über Mittag und nachts nicht gelten. Schliesslich verlangt die Initiative die Aufhebung einzelner Gebühren beziehungsweise die Senkung verschiedener Gebührenrahmen.

Mit dieser Vorlage unterbreitet der Stadtrat dem Stadtparlament Bericht und Antrag und empfiehlt die Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag. Er erachtet die heutige Parkraumbewirtschaftung als ausgewogen, sachgerecht und als zentrales Element der städtischen Mobilitätsstrategie. Sie dient nicht nur der Erzielung von Einnahmen, sondern insbesondere auch der Verkehrssteuerung, der Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs und der effizienten Nutzung des knappen öffentlichen Raums.

Die vom Stadtparlament beschlossenen und per 1. November 2024 in Kraft getretenen Anpassungen des Parkierreglements beurteilt der Stadtrat weiterhin als rechtmässig und angemessen. Sie sind das Ergebnis einer umfassenden politischen Abwägung unter Berücksichtigung verkehrs-, finanz- und umweltpolitischer Zielsetzungen. Den Empfehlungen des Preisüberwachers, verschiedene Gebühren deutlich zu senken beziehungsweise auf Erhöhungen zu verzichten, ist der Stadtrat nicht gefolgt. Er begründet dies unter anderem damit, dass Parkiergebühren nicht ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung zu beurteilen, sondern auch übergeordnete öffentliche Interessen zu berücksichtigen sind. Eine vergleichbare Haltung wird auch von zahlreichen anderen Städten und Gemeinden vertreten.

Nach Auffassung des Stadtrats hätte die Initiative erhebliche negative Auswirkungen. Sie würde zentrale Steuerungsinstrumente der städtischen Verkehrs- und Parkplatzpolitik schwächen, den Handlungsspielraum der Stadt unnötig einschränken und teilweise erst kürzlich angepasste Regelungen wie z.B. die Einführung einer Bewilligungspflicht für das regelmässige nächtliche Parkieren in der EBZ wieder rückgängig machen. Zudem wären substanzielle jährliche Mindereinnahmen von rund 3 Millionen Franken sowie zusätzliche administrative und betriebliche Aufwendungen zu erwarten.

<b>2</b>	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
1	Zusammenfassung.....	1
2	Inhaltsverzeichnis.....	3
3	Initiativbegehren.....	4
3.1	Inhalt.....	4
3.2	Zulässigkeit und Verfahren.....	6
4	Ausgangslage .....	6
5	Reglementarische Anpassungen per 1. November 2024.....	7
5.1	Parkierreglement.....	7
5.2	Vollzugsreglement zum Parkierreglement und Parkiergebührentarif.....	7
6	Stellungnahme Preisüberwacher .....	8
7	Zu den einzelnen Initiativbegehren .....	10
7.1	Bargeldbezahlung (Art. 3 Abs. 3).....	10
7.1.1	Finanzielle Auswirkungen .....	10
7.1.2	Haltung des Stadtrats.....	10
7.2	Analoge und digitale EBZ-Tageskarten (Art. 3 Abs. 4) .....	10
7.2.1	Finanzielle Auswirkungen .....	10
7.2.2	Haltung des Stadtrats.....	11
7.3	Ausnahmen von der Bewirtschaftung (Art. 3 <sup>bis</sup> ) .....	11
7.3.1	Finanzielle Auswirkungen .....	11
7.3.1.1	Parkplätze für gehbehinderte Personen.....	11
7.3.1.2	Kurzzeitparkplätze bis 30 Minuten .....	12
7.3.1.3	Parkplätze der freien Zone .....	12
7.3.1.4	Ausnahmen von der Bewirtschaftungszeit .....	12
7.3.2	Haltung des Stadtrats.....	12
7.4	Nachtparkgebühren in der EBZ .....	13
7.4.1	Finanzielle Auswirkungen .....	13
7.4.2	Haltung des Stadtrats.....	13
7.5	Gebührenrahmen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a1) .....	14
7.5.1	Finanzielle Auswirkungen .....	14
7.5.2	Haltung des Stadtrats.....	14
7.6	Bewilligung für Anwohner und Anwohnerinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. a) .....	15
7.6.1	Finanzielle Auswirkungen .....	16
7.6.2	Haltung des Stadtrats.....	16
7.7	Bewilligung für Pendler und Pendlerinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b).....	16
7.7.1	Finanzielle Auswirkungen .....	16
7.7.2	Haltung des Stadtrats.....	16
7.8	Bewilligung für Besucher und Besucherinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. c).....	16
7.8.1	Finanzielle Auswirkungen .....	17
7.8.2	Haltung des Stadtrats.....	17
7.9	Polizeiliche Sonderparkierregelung (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 4).....	17
7.9.1	Finanzielle Auswirkungen .....	17
7.9.2	Haltung des Stadtrats.....	18
7.10	Spezialbewilligung bei Sportanlagen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 5).....	18
7.10.1	Finanzielle Auswirkungen .....	18
7.10.2	Haltung des Stadtrats.....	18
8	Gesamtwürdigung der Initiative .....	18

### 3            **Initiativbegehren**

#### 3.1        **Inhalt**

Die «Parkgebühr-Initiative» hat folgenden Wortlaut:

«Die unterzeichneten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt St.Gallen verlangen gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung (SRS 111.1) mittels einer Initiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs die Änderung des städtischen Parkierreglements vom 28.11.2006 (SRS 712.2):

Das Parkierreglement soll mit einem neuen Artikel 3<sup>bis</sup> wie folgt ergänzt werden:

Art. 3<sup>bis</sup> Ausnahmen

<sup>1</sup> Nicht bewirtschaftet werden die Parkplätze für gehbehinderte Personen, die Kurzzeitparkplätze und die Parkplätze der freien Zone.

<sup>2</sup> Die Bewirtschaftungszeit gilt nicht am Sonntag, nicht zwischen 12.00 und 13.30 Uhr und nicht zwischen 19.00 und 07.00 Uhr.

Das Parkierreglement soll in Art. 3 wie folgt ergänzt werden:

<sup>3</sup> Parkuhren müssen mit Münzen, Ticketsysteme mit Münzen und Banknoten bedienbar sein.

<sup>4</sup> Tageskarten können analog und digital bezogen werden.

Im Parkierreglement sollen folgende Artikel wie folgt geändert werden:

Art. 10a \* ee) Nächtliches Parkieren

*Aufgehoben*

Art. 15 Gebührenrahmen

<sup>1</sup>Der Stadtrat setzt den Gebührentarif fest, wobei folgender Rahmen gilt:

1. Parkuhren, Ticketsysteme oder dergleichen:

a1) Parkplätze für leichte Motorfahrzeuge und weitere Fahrzeuge mit ähnlichen Ausmassen: Bei Parkplätzen mit einer maximal zulässigen Parkierdauer von über 30 Minuten: Maximal CHF 1.50/Std.

a2) *aufgehoben*

a3) *aufgehoben*

3. Erweiterte Blaue Zone

a) Bewilligung für Anwohner und Anwohnerinnen: CHF 20.00 bis CHF 30.00/Mt.

b) Bewilligung für Pendler und Pendlerinnen: CHF 50.00 bis CHF 80.00/Mt.

c) Bewilligung für Besucher und Besucherinnen: CHF 5.00 bis CHF 8.00/Tag

d) *aufgehoben*

4. Polizeiliche Sonderparkierregelung

a) Grossanlässe Stadtzentrum: Maximum CHF 10.00/Tag und Platz

b) Grossanlässe übriges Stadtgebiet: Maximum CHF 6.00/Tag und Platz

Art. 15a Strafbestimmung

*aufgehoben*

Im Parkierreglement soll Art. 15 wie folgt ergänzt werden:

#### 5. Spezialbewilligungen

- a1) Sportanlagen Monatspauschale: Maximum CHF 30.00/Mt.
- a2) Sportanlagen Jahrespauschale: Maximum CHF 342.00/Jahr»

Der Initiative ist folgende Begründung beigefügt:

«Die Parkgebühren in St.Gallen sind preismissbräuchlich, urteilt der Preisüberwacher. Die Stadt erzielte im Jahr 2023 einen unangemessenen Gewinn von 3.7 Millionen Franken. Parkgebühren sollen kostendeckend und nicht gewinnorientiert sein. Lenkungsmassnahmen in Form von höheren Gebühren müssen eine Wirkung erzielen. Diese Wirkung bleibt jedoch aus und wurde auch vom Preisüberwacher bestritten. Der Stadtrat weigert sich dennoch, der Empfehlung des Preisüberwachers nachzukommen.

Ende 2024 erhöhten Stadtrat und Parlament Tarif und Gebührenrahmen für Parkgebühren. Der Preisüberwacher beurteilte diese Anpassung als preismissbräuchlich. Er stellte fest, dass die Stadt im Jahr 2023 einen unangemessenen Gewinn von 3,7 Millionen Franken erzielte und empfahl, die Gebühren um 37% - 59% zu senken. Die Stadt ignorierte dies mit der Begründung, dass sie den motorisierten Individualverkehr auf dem Niveau von 2010 halten will (plafonieren). Der Verkehr geht aber schon seit 2018 zurück.

Die Plafonierung ist längst erreicht – es braucht keine weiteren Massnahmen.

Die Stadt will mit Lenkungsmassnahmen das Wachstum des Verkehrs auf nachhaltige Verkehrsmittel umlenken. Solche Lenkungen brauchen eine gesetzliche Grundlage, sie müssen verhältnismässig sein und eine Wirkung erzielen. Verkehrsmessungen der Stadt zeigen aber, dass die Lenkung nicht funktioniert: es bewegen sich immer weniger Menschen in der Stadt. Kundschaft weicht auf Geschäfte ausserhalb der Stadt aus. Anstatt auf den ÖV umzusteigen, wird die Stadt umfahren. Der Preisüberwacher kritisierte auch die hohen Gebühren für Pendler und die Nacht-Parkgebühren. Viele Menschen sind auf ein Auto angewiesen: z.B. Schichtarbeiter, Familien, Menschen mit gesundheitlichen Problemen und Bewohner ländlicher Gebiete. Auch sind Menschen mit niedrigem Einkommen auf Parkkarten angewiesen, da sie sich keine Garage oder eigenen Parkplatz leisten können. Es ist vielen Menschen nicht möglich, auf ein anderes Verkehrsmittel auszuweichen. Sie werden benachteiligt, die Lenkungswirkung bleibt aus.

Die Parkgebühren müssen daher gesenkt werden, um den Empfehlungen des Preisüberwachers nachzukommen und einen sozialverträglichen, fairen Preis für Alle zu gewährleisten.

Laut Bundesgericht ist es erlaubt, in Städten, wo es ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gibt, für länger als 30 Minuten Parkieren eine Gebühr zu verlangen. Die Gebühren fliessen direkt in die Finanzierung der Parkplätze und sollen lediglich kostendeckend sein. Mit der «Parkgebühr-Initiative» werden die Gebühren angepasst und zeitliche Ausnahmen geschaffen.

Auch soll es möglich sein, Parkgebühren bar zu bezahlen und Tageskarten analog zu kaufen.»

### **3.2 Zulässigkeit und Verfahren**

Der Initiativtext wurde am 26. Mai 2025 zur Prüfung der Zulässigkeit eingereicht. Mit Entscheid vom 26. August 2025 wurde die Parkgebühr-Initiative vom Stadtrat unter Auflagen für zulässig erklärt. In der Folge wurde der Initiativtext sowie die Begründung im Sinne des Stadtratsbeschlusses angepasst. Am 10. September 2025 hielt die Stadtkanzlei fest, dass die Anpassungen am Initiativtext und an der Begründung die Auflagen im Stadtratsbeschluss erfüllen. Daraufhin wurde am 15. Dezember 2025 das Initiativbegehren mit den Unterschriftenbogen eingereicht. Die Stadtkanzlei stellte nach der Kontrolle der Unterschriftenbogen durch die Bevölkerungsdienste der Stadt St.Gallen fest, dass die Initiative gültig zustande gekommen ist, und publizierte am 14. Januar 2026 das Inserat mit Rechtsmittelbelehrung. Nach unbenutzter Rechtsmittelfrist ist die Initiative am 28. Januar 2026 rechtsgültig zustande gekommen.

Für die Behandlung von Initiativbegehren gelten die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über Referendum und Initiative (sGS 125.1, abgekürzt RIG) und der Gemeindeordnung der Stadt St.Gallen (SRS 111.1; abgekürzt GO). In Anwendung von Art. 43 RIG unterbreitet der Stadtrat dem Stadtparlament innert vier Monaten seit dem rechtsgültigen Zustandekommen, somit bis spätestens 28. Mai 2026, Bericht und Antrag zum Inhalt des Initiativbegehrens. Mit dieser Vorlage kommt der Stadtrat innert Frist diesem Auftrag nach.

Gemäss Art. 44 RIG hat das Stadtparlament innert sechs Monaten nach der Überweisung durch den Stadtrat, also im vorliegenden Fall bis 26. November 2026, zu beschliessen, ob es dem Begehren zustimmen, es ablehnen oder auf eine Stellungnahme verzichten will. Beschliesst das Parlament Ablehnung, so ist gleichzeitig zu entscheiden, ob ein Gegenvorschlag vorgelegt werden soll (Art. 48 RIG).

## **4 Ausgangslage**

In der Stadt St.Gallen sind derzeit rund 57'000 private und 17'400 öffentlich zugängliche Parkplätze vorhanden. Die öffentlich zugänglichen Parkplätze teilen sich auf in rund 6'900 Parkplätze in öffentlichen Parkgaragen (davon 455 Parkplätze öffentlich-rechtlich bewirtschaftet [Parkgaragen Kreuzbleiche und Rathaus]), 2'300 bewirtschaftete Oberflächenparkplätze (davon 1'950 öffentlich-rechtlich bewirtschaftet), 5'700 Parkplätze der EBZ sowie 2'500 beschränkt öffentlich zugängliche Parkplätze (z.B. Kundenparkplätze, Gehbehindertenparkfelder).

Die Parkplatzbewirtschaftung innerhalb der Stadt St.Gallen stellt einen wichtigen Bestandteil der Mobilitätsstrategie dar. Sowohl das Verkehrsaufkommen als auch die wirtschaftliche Entwicklung werden durch die konkrete Ausgestaltung des Parkraumangebots wesentlich mitbeeinflusst. Dabei sind insbesondere die Anzahl, die Lage sowie die Bewirtschaftung der Parkplätze von Bedeutung. Zu berücksichtigen ist zudem der finanzielle Aspekt für die Stadt St.Gallen, da aus der Parkplatzbewirtschaftung substanzielle Gebühreneinnahmen resultieren.

Mit der Anordnung der Parkplätze, der Festlegung der zulässigen Parkierdauer und der Höhe der Parkiergebühren können die Auslastung der Parkplätze beeinflusst und die Mobilität in die verkehrspolitisch gewünschte Richtung gesteuert werden. Dabei muss es auch ein Ziel sein, dass das beschränkte Angebot an öffentlichen Oberflächenparkplätze optimal genutzt werden kann resp. bei geringer Nachfrage oder zweckmässigen Alternativen die Oberflächenparkplätze zugunsten anderer Nutzungen (bspw. Velostreifen, Busspur, Grünraum) aufgehoben werden.

## **5 Reglementarische Anpassungen per 1. November 2024**

### **5.1 Parkierreglement**

Am 22. August 2023 erliess das Stadtparlament einen Nachtrag III zum Parkierreglement, welcher am 1. November 2024 in Kraft trat.<sup>1</sup>

Im Rahmen dieser Revision entschied das Parlament unter anderem, den Gebührenrahmen für Parkplätze für leichte Motorfahrzeuge und weitere Fahrzeuge mit ähnlichen Ausmassen mit einer maximal zulässigen Parkierdauer von über 30 Minuten von höchstens CHF 2.00 auf höchstens CHF 3.00 pro Stunde zu erhöhen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a1). Weiter setzte es in Art. 15 Abs. 1 Ziff. 4 die Maximalgebühr für eine polizeiliche Sonderparkierregelung von bisher CHF 8.00 pro Tag auf CHF 20.00 pro Tag fest. Zudem entschied es, dass die Bewilligung für Besucherinnen und Besucher (Tageskarte) zum unbeschränkten Parkieren in der EBZ neu während 24 Stunden statt nur am selben Tag gilt (vgl. Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. c). Ferner beschloss das Parlament die Einführung einer Bewilligungspflicht für das regelmässige nächtliche Parkieren in der EBZ und ergänzte das Parkierreglement um die entsprechenden Nachtparkierregelungen (vgl. Art. 10a, 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. d und 15a).

Schliesslich legte der Stadtrat in seiner Vorlage an das Stadtparlament vom 27. Juni 2023 im Sinne der Transparenz dar, welche konkreten Änderungen in der Folge im Vollzugsreglement zum Parkierreglement vom 24. September 2013 (SRS 712.21) sowie im Parkiergebührentarif vom 24. September 2013 (SRS 712.22) vorgesehen seien.

### **5.2 Vollzugsreglement zum Parkierreglement und Parkiergebührentarif**

Mit Beschluss vom 18. Juni 2024 nahm der Stadtrat die dem Parlament in Aussicht gestellten Änderungen im Vollzugsreglement sowie im Parkiergebührentarif vor und setzte diese auf den 1. November 2024 in Kraft.

Im Zuge dieser Anpassungen erhöhte er unter anderem den Tagerstarif im Stadtzentrum (Höchstparkzeit 60 Minuten oder länger) von CHF 2.00 auf CHF 2.50 pro Stunde (Art. 1 Abs. 1 Ziff. 1131 Parkiergebührentarif) und führte für die oberirdischen Parkplätze mit Parkuhren und Ticketsystem im «übrigen Stadtgebiet» analog zum «Stadtzentrum» ebenfalls eine durchgehende Bewirtschaftung mit einem Nacht- sowie einem Sonntagstarif in der Höhe von CHF 1.00 pro Stunde ein (Art. 5 Abs. 1 Bst. b Vollzugsreglement zum Parkierreglement und Art. 1 Abs. 1 Ziff. 1222 Parkiergebührentarif). Ausserdem wurden im Parkiergebührentarif die Gebühren für die Parkierbewilligung bei Sportanlagen von CHF 30.00 auf CHF 40.00 pro Monat beziehungsweise von CHF 342.00 auf CHF 456.00 pro Jahr erhöht (vgl. Art. 3 Abs. 1). Ebenso wurde die Parkiergebühr bei Grossanlässen von bisher CHF 8.00 (Stadtzentrum) beziehungsweise CHF 4.00 (übriges Stadtgebiet) für das gesamte Stadtgebiet einheitlich auf CHF 10.00 pro Platz und Tag festgesetzt (Art. 3 Abs. 2). Weiter erhöhte der Stadtrat die Gebühr für die Bewilligung für Pendlerinnen und Pendler für Parkplätze in der EBZ von CHF 133.00 auf CHF 150.00 pro Monat (Art. 4 Abs. 1 Ziff. 21). Ebenfalls wurde, nachdem das Stadtparlament entschieden hatte, dass die Bewilligung für Besucherinnen und Besucher (Tageskarte) zum unbeschränkten Parkieren in der EBZ während 24 Stunden statt nur am selben Tag gilt, die entsprechende Gebühr von CHF 9.00 auf CHF 10.00 erhöht (Art. 4 Abs. 1 Ziff. 3). Im Weiteren legte der Stadtrat die Gebühren für die nächtliche Parkierbewilligung in der EBZ fest (vgl. Art. 4 Abs. 1 Ziff. 12, 22 und 4).

---

<sup>1</sup> Vorlage Stadtparlament vom 27. Juni 2023, Nr. 2956; vom Stadtparlament unverändert beschlossen am 22. August 2023.

Schliesslich beschloss er für die Car-Parkplätze beim Spelteriniplatz und an der Museumstrasse die Einführung eines Tagestarifs von CHF 5.00 pro Stunde sowie eines Nacht- und Sonntagstarifs von CHF 3.00 pro Stunde, nachdem bis dahin für diese Parkplätze keine Gebühren erhoben worden waren (vgl. Art. 1 Abs. 1 Ziff. 13).

## **6 Stellungnahme Preisüberwacher**

Vor dem Beschluss des Stadtrates vom 18. Juni 2024 wurde dem Preisüberwacher gemäss Art. 14 des Preisüberwachungsgesetzes vom 20. Dezember 1985 (PüG; SR 942.20) Gelegenheit gegeben, zu den geplanten Gebührenanpassungen Stellung zu nehmen. In seiner Stellungnahme vom 20. März 2024 empfahl er, die Parkgebühren der EBZ um 37 Prozent und jene der Weissen Zone um 59 Prozent zu senken sowie auf Gebührenerhöhungen zu verzichten.

In seinen Berechnungen stützte sich der Preisüberwacher ausschliesslich auf das Kostendeckungsprinzip, wonach die Einnahmen aus dem Betrieb von Parkplätzen die für die Bereitstellung derselben entstehenden Kosten nicht übersteigen sollen<sup>2</sup>. Nach seiner Berechnung erwirtschaftete die Stadt St.Gallen bereits unter der geltenden Tarifordnung überhöhte Gewinne. Zudem vertrat er die Auffassung, dass auch das Äquivalenzprinzip<sup>3</sup> auf Parkgebühren anzuwenden sei und insbesondere die Tarife für Pendlerparkkarten zu hoch seien. Auch ein Vergleich mit anderen Städten spreche gegen die vorgesehenen Gebührenhöhen. Schliesslich seien Lenkungswirkungen von Gebühren zwar grundsätzlich zulässig, bei Parkkarten und Personen, die auf eine solche Parkkarte angewiesen seien – zum Beispiel, weil sie Schicht arbeiteten und nicht auf den öffentlichen Verkehr ausweichen könnten – könne jedoch keine Lenkung weg vom motorisierten individuellen Verkehr und hin zum öffentlichen Verkehr erzielt werden.

Der Stadtrat folgte den Empfehlungen des Preisüberwachers nicht. Er ist der Auffassung, dass diese den übergeordneten öffentlichen Interessen der Stadt – insbesondere der verkehrspolitischen Lenkungswirkung, den Zielen des Mobilitätskonzepts 2040 sowie fiskalischen Interessen – keine Rechnung tragen, obwohl der Preisüberwacher gemäss Art. 14 Abs. 3 PüG bei der Prüfung der Frage, ob ein Preismissbrauch vorliegt, allfällige übergeordnete öffentliche Interessen zu berücksichtigen hat. Darüber hinaus handelt es sich bei Parkiergebühren gemäss Lehre und Rechtsprechung um Benützungsgebühren für gesteigerten Gemeingebrauch, die nicht unter das vom Preisüberwacher für seine Berechnung herangezogene Kostendeckungsprinzip fallen und einen Lenkungseffekt erzielen dürfen.<sup>4</sup> Aus Sicht des Stadtrats leisten höhere Parkiergebühren einen wichtigen Beitrag zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs und zur Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs. Das städtische Mobilitätskonzept sieht hierfür explizit eine Gebührenerhöhung als eine entsprechende Massnahme vor.

---

<sup>2</sup> Der Preisüberwacher hat in seinem Newsletter Nr. 5/23 vom 29. August 2023 einen Beitrag zum Thema «Angemessener Preis für Parkkarten» geschrieben. Dabei hat er ein neues Kostenmodell entwickelt, «das die Bestimmung eines angemessenen Preises für (Jahres-)Parkkarten, ausgehend vom Kostendeckungsprinzip erlaubt». Sein Fazit ist, dass Preise über 400 Franken für eine Jahresparkkarte für Anwohnerinnen und Anwohner mit dem Kostendeckungsprinzip kaum vereinbar sind.

<sup>3</sup> Nach dem Äquivalenzprinzip darf die erhobene Abgabe im Einzelfall zum objektiven Wert der Leistung nicht in ein offensichtliches Missverhältnis treten und muss sich in vernünftigen Grenzen bewegen.

<sup>4</sup> S. u.a. Häfelin/Müller/Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. Auflage Zürich 2020, S. 655, Rz. 2783.



Ferner weist der Stadtrat darauf hin, dass der öffentliche Raum, in dem das Auto viel Platz beansprucht, ein knappes Gut darstellt. Die beschlossenen Gebührenanpassungen erachtet er angesichts der beanspruchten Fläche und im Vergleich zu anderen Nutzungen des öffentlichen Raums als angemessen. Die Kosten für die Beanspruchung einer durchschnittlichen Parkplatzfläche von rund 12 Quadratmetern betragen für Pendlerinnen und Pendler ca. 5 Franken pro Tag. Anwohnende mit einer Monatskarte inkl. Nachtparkbewilligung bezahlen für einen Parkplatz in der EBZ lediglich rund CHF 1.30 pro Tag. Im Vergleich dazu wird namentlich für kommerzielle Verkaufsflächen in der Regel deutlich mehr für die Beanspruchung des öffentlichen Raums bezahlt. So kostet z.B. ein Stand anlässlich des Wochenmarkts je m<sup>2</sup> und Tag zwischen CHF 1.00 und CHF 5.00, anlässlich des Bauernmarktes zwischen CHF 0.90 und CHF 4.00<sup>5</sup>. Für den Lebensmittelverkauf vor dem eigenen Ladenlokal wird – nebst einer Grundgebühr von CHF 150.00 – eine Gebühr von CHF 30 pro Stand und Tag erhoben. Bei Eröffnungs-, Jubiläums- und andere Werbeveranstaltungen vor dem eigenen Ladenlokal wird – nebst einer Grundgebühr von CHF 50.00 – eine Benützungsgebühr von CHF 20.00 pro Tag und m<sup>2</sup> in Rechnung gestellt.<sup>6</sup>

Im Übrigen ist es gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung zulässig, bei der Beurteilung der Gebührenhöhe auch private Parkierungsangebote zum Vergleich heranzuziehen. Da Verkehrsteilnehmende auf private Parkplätze oder andere Verkehrsmittel ausweichen können, besteht ein marktähnlicher Mechanismus, der überhöhte Gebühren begrenzt. Soweit das Äquivalenzprinzip überhaupt anwendbar ist, wird es nach Auffassung des Bundesgerichts – entgegen der Ansicht des Preisübersichters – nicht verletzt.<sup>7</sup>

Die vom Stadtrat vertretene Auffassung steht dabei nicht isoliert da. Auch andere Städte und Gemeinden sehen sich mit vergleichbaren Empfehlungen des Preisübersichters im Bereich der Parkiergebühren konfrontiert<sup>8</sup>. Dabei zeigt sich, dass nahezu sämtliche Städte und Gemeinden an ihren Gebührentarifen festhalten und den Empfehlungen des Preisübersichters nicht folgen. Dies verdeutlicht, dass die Beurteilung von Parkiergebühren über die reine Kostenbetrachtung hinausgeht und auch übergeordnete öffentliche Interessen berücksichtigt werden.

Schliesslich ist festzuhalten, dass die Berechnungen des Preisübersichters, wonach mit den Parkiergebühren ein Gewinn von CHF 3.75 Mio. erzielt worden sei, nicht zutreffen. Gemäss Rechnung 2023 erzielte die Stadt St.Gallen einen Ertragsüberschuss von CHF 1.956 Mio. (EBZ und Weisse Zone).

Der Stadtrat erachtet die beschlossenen Gebührenerhöhungen daher als angemessen und rechtmässig, nicht zuletzt auch mit Blick auf die Tarifstruktur anderer Städte und Gemeinden (vgl. nachfolgende Ziff. 5.5.2 und 5.8.2).

---

<sup>5</sup> Vgl. Art. 1 Abs. 1 Ziff. 121 und 13 des Markttarifs vom 16. Dezember 2014 (SRS 623.11).

<sup>6</sup> Vgl. Art. 5 Abs. 1 Ziff. 13 und 15 des Gebührentarifs der Stadtpolizei vom 9. Dezember 2014 (SRS 412.112).

<sup>7</sup> Vgl. BGE 122 I 289 f.

<sup>8</sup> Vgl. Anträge des Preisübersichters auf seiner Website (Parkgebühren).

## **7 Zu den einzelnen Initiativbegehren**

### **7.1 Bargeldbezahlung (Art. 3 Abs. 3)**

Der Initiativtext sieht vor, Art. 3 des Parkierreglements mit einem Absatz 3 zu ergänzen, wonach Parkuhren zwingend mit Münzen sowie Ticketsysteme mit Münzen und Banknoten bedienbar sein müssen.

#### **7.1.1 Finanzielle Auswirkungen**

Die öffentlich-rechtlich bewirtschafteten Oberflächenparkplätze in der Stadt St.Gallen werden mit 89 Parkuhren und 72 Ticketautomaten betrieben, die in den Jahren 2018 und 2019 ersetzt wurden. Damit können die Parkiergebühren – mit Ausnahme derjenigen beim Parkplatz Lerchenfeld – sowohl digital als auch mit Münzen bezahlt werden. Für die Parkuhren und Ticketautomaten ist von einer Lebensdauer von rund 15 Jahren auszugehen, weshalb frühestens ab dem Jahr 2033 allfällige Neuanschaffungen anstehen. Aktuell sind auf dem Markt keine Ticketautomaten bekannt, die eine Bezahlung mit Banknoten ermöglichen würden.

Beim Parkplatz Lerchenfeld, der mit einer Schrankenanlage ausgestattet ist, kann bereits heute nur noch bargeldlos bezahlt werden. Die Kosten für die Neuanschaffung eines Kassenautomaten, der auch Münzzahlungen ermöglichen würde, belaufen sich auf rund CHF 26'000.

Die Parkgaragen Rathaus und Kreuzbleiche werden mit Schrankenanlagen betrieben, die im Jahr 2025 ersetzt wurden. Bei diesen Anlagen können die Parkiergebühren sowohl digital als auch mit Banknoten und Münzen bezahlt werden.

#### **7.1.2 Haltung des Stadtrats**

Mit Ausnahme des Parkplatzes Lerchenfeld kann heute auf sämtlichen öffentlich-rechtlich bewirtschafteten Parkplätzen in der Stadt St.Gallen sowohl digital als auch mit Bargeld bezahlt werden. Dennoch würde nach Ansicht des Stadtrats eine reglementarische Verpflichtung, Parkuhren und Ticketsysteme zwingend für die Annahme von Banknoten und/oder Münzen auszurüsten, der zunehmenden Verbreitung von Kartenzahlungen und App-basierten Zahlungsmitteln widersprechen. Die Nutzung von Bargeld ist seit Jahren rückläufig, während sich digitale Zahlungsmittel im Alltag etabliert haben und heute in zahlreichen Lebensbereichen den Standard darstellen. Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat die von der Initiative geforderte Reglementsanpassung als nicht zielführend. Der Handlungsspielraum für zukünftige neue Automatenysteme würde mit einer solchen Verpflichtung unnötig eingeschränkt.

### **7.2 Analoge und digitale EBZ-Tageskarten (Art. 3 Abs. 4)**

Die Initiative verlangt eine Regelung im Parkierreglement, wonach Tagesbewilligungen für die EBZ sowohl analog als auch digital bezogen werden können.

#### **7.2.1 Finanzielle Auswirkungen**

In der Stadt St.Gallen werden durchschnittlich rund 132'000 EBZ-Tagesbewilligungen pro Jahr verkauft. Nachdem der Anteil der verkauften Bewilligungen in Papierform im Jahr 2020 noch rund 45 % betrug, ist dieser per Ende 2023 auf 14 % und per 31. August 2024 auf 6,6 % gesunken. Seit dem 1. November 2024 werden deshalb aus Kostengründen keine Bewilligungen mehr in Papierform angeboten. Es kann jedoch über verschiedene digitale Bezugswege ([www.parkingpay.ch](http://www.parkingpay.ch); ParkingPay-App, QR-Code für TWINT) eine Bewilligung bezogen werden. Ausserdem können EBZ-Tagesbewilligungen

auch noch digital am Schalter der Stadtpolizei gelöst werden, wovon jedoch selten Gebrauch gemacht wird.

Die Herstellungskosten einer Parkkarte in Papierform betragen bei einer Auflage von 10'000 Stück CHF 3.00 pro Karte. Im Falle einer Wiedereinführung der Tageskarten in Papierform würden zudem zusätzliche Kosten für den Personalaufwand im Verkauf sowie den höheren Kontrollaufwand entstehen.

### **7.2.2 Haltung des Stadtrats**

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass auf eine Wiedereinführung der EBZ-Tagesbewilligungen in Papierform verzichtet werden soll. Angesichts der geringen Nachfrage würde dies einen unverhältnismässigen administrativen und finanziellen Mehraufwand verursachen. Mit den bestehenden digitalen Bezugswegen steht der Bevölkerung eine einfache, zeitgemässe und jederzeit verfügbare Lösung zur Verfügung. Dies entspricht einer allgemeinen Entwicklung hin zu effizienten, digitalen Vertriebslösungen.

### **7.3 Ausnahmen von der Bewirtschaftung (Art. 3<sup>bis</sup>)**

Die Initiative fordert weiter die Aufnahme einer Ausnahmebestimmung in Form eines Art. 3<sup>bis</sup> im Parkierreglement. Danach sollen einerseits die Parkplätze für gehbehinderte Personen, Kurzzeitparkplätze bis 30 Minuten (unter Aufhebung der in Art. 15 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a1 und a2 hierfür vorgesehenen Gebührenrahmen) sowie Parkplätze der freien Zone nicht bewirtschaftet werden (Abs. 1). Andererseits soll die Bewirtschaftungszeit am Sonntag sowie zwischen 12.00 und 13.30 Uhr und zwischen 19.00 und 07.00 Uhr nicht gelten (Abs. 2).

#### **7.3.1 Finanzielle Auswirkungen**

##### **7.3.1.1 Parkplätze für gehbehinderte Personen**

Die Parkkarte für gehbehinderte Personen berechtigt, Fahrzeuge auf Parkplätzen zeitlich unbeschränkt zu parkieren. Sofern der übrige Verkehr weder behindert noch gefährdet wird, erlaubt die Parkkarte zudem das Parkieren von maximal drei Stunden an Stellen, die mit einem Parkverbot signalisiert oder markiert sind und von maximal 2 Stunden in Begegnungszonen ausserhalb der durch entsprechende Signale oder Markierungen als Parkierungsflächen gekennzeichneten Stellen und in Fussgängerzonen, falls ausnahmsweise das Befahren der Zone erlaubt ist.<sup>9</sup>

Die Erhebung von Parkergebühren auf öffentlichen Parkplätzen richtet sich nach den örtlichen Vorschriften. Gemäss Art. 14 des Vollzugsreglements zum Parkierreglement müssen gehbehinderte Personen in der Stadt St.Gallen nur auf Parkplätzen mit Schrankenanlagen Gebühren entrichten. Von den öffentlich-rechtlich bewirtschafteten Parkplätzen betrifft dies lediglich die Parkgaragen Rathaus und Kreuzbleiche. Würden diese Parkplätze nicht mehr bewirtschaftet, wäre mit geringen Mindereinnahmen zu rechnen. Eine technische Umsetzung wäre jedoch anspruchsvoll und mit erheblichem Aufwand verbunden.

---

<sup>9</sup> Vgl. Merkblatt Parkierungserleichterungen für gehbehinderte Personen.

### **7.3.1.2 Kurzzeitparkplätze bis 30 Minuten**

In der Stadt St.Gallen bestehen keine Kurzzeitparkplätze mit einer maximalen Parkdauer von 15 Minuten mehr. Hingegen stehen stadtweit 17 Kurzzeitparkplätze mit einer maximal zulässigen Parkdauer von 30 Minuten zur Verfügung. Die Gebühr beträgt CHF 1.50 pro Parkvorgang.

Mangels verfügbarer Daten lassen sich keine verlässlichen Angaben zu den jährlichen Einnahmen aus diesen Parkplätzen machen. Unter der Annahme von durchschnittlich 20 Parkvorgängen pro Tag und Parkplatz würde ein Verzicht auf die Bewirtschaftung dieser Parkplätze zu Mindereinnahmen von rund CHF 185'000 pro Jahr führen.

### **7.3.1.3 Parkplätze der freien Zone**

Die Stadt St. Gallen kennt keine gekennzeichneten Parkplätze der freien Zone (gebührenfrei). Da Parkplätze der freien Zone begriffsnotwendig nicht bewirtschaftet werden und somit keiner Gebührenpflicht unterliegen, besteht nach Ansicht des Stadtrats kein Bedarf für die Schaffung einer entsprechenden Ausnahmebestimmung.

Gemäss Auskunft des Initiativkomitees wurde diese Bestimmung aus Gründen der Vollständigkeit und Präzisierung in den Initiativtext aufgenommen. Es handle sich nicht um eine Forderung zur Einführung einer freien Zone.

### **7.3.1.4 Ausnahmen von der Bewirtschaftungszeit**

Die in der Initiative beantragte Aufhebung der Bewirtschaftungszeit am Sonntag sowie zwischen 12.00 und 13.30 Uhr und zwischen 19.00 und 07.00 Uhr hätte zur Folge, dass während dieser Zeiten nicht nur die Parkplätze für leichte Motorfahrzeuge und weitere Fahrzeuge mit ähnlichen Ausmassen gebührenfrei wären, sondern auch die Parkplätze für Gesellschaftswagen (Cars) auf dem Spelteriniplatz und an der Museumstrasse sowie für Wohnmobile auf dem Parkplatz der Sportanlage Krontal (vgl. Art. 1 Abs. 1 Ziff. 13 und Abs. 2 Ziff. 21 des Parkiergebührentarifs).

Für die genannten Bewirtschaftungszeiten liegen keine Daten zur Auslastung bzw. Belegung der Parkplätze vor. Entsprechend können keine verlässlichen Angaben über die finanziellen Folgen gemacht werden, sollten diese Bewirtschaftungszeiten aufgehoben werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Mindereinnahmen von insgesamt über 1 Mio. Franken entstehen.

### **7.3.2 Haltung des Stadtrats**

Das Parkieren eines Fahrzeuges auf öffentlichem Grund gilt als gesteigerter Gemeingebrauch und kann von der Behörde der Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstellt werden.<sup>10</sup> Der Stadtrat erachtet es deshalb für angemessen und zweckmässig, die Kurzzeitparkplätze bis 30 Minuten weiterhin zu bewirtschaften und für deren Benutzung eine Gebühr zu verlangen. Des Weiteren ist er der Auffassung, dass auch an der durchgehenden Bewirtschaftung von oberirdischen Parkplätzen mit Parkuhren oder Ticketsystemen – nachdem der Stadtrat eine solche per 1. Januar 2022 für das «Stadtzentrum» beschlossen und per 1. November 2024 auf das «übrige Stadtgebiet» ausgedehnt hat – festgehalten werden soll. Mit den in der Initiative vorgesehenen Ausnahmen in der Bewirtschaftung würde die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Verkehr sowie dem Velo- und Fussverkehr erhöht, was unter anderem dem Mobilitätskonzept 2040 widersprechen würde.

---

<sup>10</sup> Vgl. Art. 21 Abs. 2 des Strassengesetzes vom 12. Juni 1988 (StrG; sGS 732.1).

Ausserdem würden solche Ausnahmen die verkehrspolitische Steuerungswirkung der Parkraumbewirtschaftung schwächen, Mindereinnahmen verursachen sowie ökologische Fehlanreize schaffen.

Vor dem Hintergrund der für die Parkkarte für gehbehinderte Personen geltenden Regelung (vgl. Ziff. 5.3.1.1) erachtet der Stadtrat die mit der Initiative verlangte vollständige Aufhebung der Bewirtschaftung von Parkplätzen für gehbehinderte Personen als nicht zweckmässig. Da diese Parkkarte bereits heute – mit Ausnahme der Parkgaragen Kreuzbleiche und Rathaus – auf den öffentlich-rechtlich bewirtschafteten Parkplätzen der Stadt St.Gallen eine Gebührenbefreiung gewährleistet, hätte die beantragte Regelung nur eine sehr geringe praktische Auswirkung auf die Parkierungssituation. Eine Ausdehnung der Gebührenbefreiung auf die beiden Parkgaragen würde jedoch eine technische Umstellung der bestehenden Systeme erfordern, die mit erheblichem Aufwand verbunden wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Parkkarte für gehbehinderte Personen nicht um eine elektronische Karte, sondern um einen physischen Ausweis handelt, der gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe platziert werden muss. Der Stadtrat erachtet es daher als verhältnismässig, die Bewirtschaftung der Parkplätze für gehbehinderte Personen in den Parkgaragen Rathaus und Kreuzbleiche beizubehalten.

#### **7.4 Nachtparkgebühren in der EBZ**

Nachdem das Parlament am 22. August 2023 die Einführung einer Bewilligungspflicht für das regelmässige nächtliche Parkieren in der EBZ beschloss und die entsprechenden Nachtparkierregeln auf den 1. November 2024 in Kraft traten, sieht die Initiative vor, diese wieder abzuschaffen. Dabei sollen Art. 10a (Nächtliches Parkieren), der Gebührenrahmen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. d) und die entsprechende Strafbestimmung nach Art. 15a aufgehoben werden.

##### **7.4.1 Finanzielle Auswirkungen**

Nutzende der EBZ, welche eine Monatsbewilligung besitzen (Pendelnde und Anwohnende) und nicht nur tagsüber, sondern regelässig dort auch nachts parkieren, benötigen dafür eine zusätzliche Nachtparkbewilligung in der Höhe von CHF 10.00 pro Monat (vgl. Art. 4 Abs. 1 Ziff. 12 und 22 Parkiergebührentarif). Wird lediglich eine Nachtparkbewilligung benötigt, ist hierfür eine Gebühr in der Höhe von CHF 30.00 pro Monat zu entrichten (vgl. Art. 4 Abs. 1 Ziff. 4 Parkiergebührentarif).

Bei einer Abschaffung der Bewilligungspflicht für das regelmässige nächtliche Parkieren in der EBZ ist mit Mindereinnahmen in der Höhe von jährlich rund CHF 475'000 zu rechnen.

##### **7.4.2 Haltung des Stadtrats**

Das regelmässige oder dauerhafte Abstellen eines Fahrzeuges auf öffentlichem Grund über Nacht gilt als gesteigerter Gemeingebrauch und kann deshalb von der Behörde der Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstellt werden.<sup>11</sup> Weil im Unterschied zur Nacht das Dauerparkieren tagsüber schon seit Jahren bewilligungs- und gebührenpflichtig ist und diese Ungleichbehandlung kaum mehr zu rechtfertigen war, wurde die regelmässige<sup>12</sup> Nachtparkierung ebenfalls einer Bewilligungs- und Gebührenpflicht unterstellt. Auf den Parkplätzen der EBZ ist der Nutzungsdruck in der Nacht in mehreren Sektoren sehr hoch. Mit der Unterstellung der regelmässigen Nachtparkierung unter eine Bewilligungs- und

---

<sup>11</sup> Vgl. Art. 21 Abs. 2 StrG.

<sup>12</sup> Regelmässigkeit liegt vor, wenn das Fahrzeug mindestens zweimal pro Woche über Nacht in der EBZ parkiert wird (Art. 10a Abs. 2 Parkierrglement).

Gebührenpflicht kann auch eine gewisse Lenkungswirkung erzielt werden, womit die vom Mobilitätskonzept 2040 vorgesehenen Lenkungsmaßnahmen beim MIV unterstützt werden können.<sup>13</sup> Schliesslich können mit dieser Massnahme ungewollte Konkurrenzsituationen zu privaten Parkplätzen reduziert werden. Auf letzteren ist die nächtliche Gratisparkierung nicht üblich, und die Mietkosten liegen allgemein deutlich höher als die aktuellen Gebühren für die EBZ, auch wenn dabei Qualitätsunterschiede im Angebot zu berücksichtigen sind. Auch in zahlreichen umliegenden Städten und Gemeinden (z.B. Amriswil, Bischofszell, Rapperswil-Jona, Romanshorn, Schaffhausen, Wil, Wittenbach, Winterthur) werden für Fahrzeuge, welche regelmässig über Nacht auf öffentlichen Strassen oder öffentlichen Parkplätzen abgestellt werden, Nachtparkgebühren erhoben.

Zusammenfassend ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Bewilligungs- und Gebührenpflicht für das regelmässige nächtliche Parkieren sachlich begründet und weiterhin gerechtfertigt ist. Sie trägt dem gesteigerten Gemeindegebrauch des öffentlichen Raums Rechnung, beseitigt eine kaum mehr vertretbare Ungleichbehandlung gegenüber dem Tagesparkieren, wirkt angesichts des hohen nächtlichen Nutzungsdrucks in der EBZ lenkend im Sinne der verkehrspolitischen Zielsetzungen und reduziert Wettbewerbsverzerrungen gegenüber privaten Anbietern. Zudem hätte eine Abschaffung beträchtliche Mindereinnahmen zur Folge, welche den städtischen Haushalt zusätzlich belasten würden. Vor diesem Hintergrund ist der Stadtrat der Auffassung, dass an der bestehenden Bewilligungspflicht für das Nachtparkieren festgehalten werden soll.

#### **7.5 Gebührenrahmen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a1)**

Das Stadtparlament erhöhte am 22. August 2023 den Gebührenrahmen bei Parkplätzen für leichte Motorfahrzeuge und weitere Fahrzeuge mit ähnlichen Ausmassen mit einer maximal zulässigen Parkierdauer von über 30 Minuten von höchstens CHF 2.00 auf höchstens CHF 3.00 pro Stunde. In der Folge hob der Stadtrat den Tagerarif im Stadtzentrum (Höchstparkzeit 60 Minuten oder länger) per 1. November 2024 von CHF 2.00 auf CHF 2.50 pro Stunde an (vgl. Art. 1 Abs. 1 Ziff. 1131 Parkiergebührentarif). Die Initiative beantragt demgegenüber eine Senkung des Gebührenrahmens von maximal CHF 3.00 auf maximal CHF 1.50 pro Stunde.

##### **7.5.1 Finanzielle Auswirkungen**

Mit einer Reduktion des erwähnten Gebührenrahmens auf maximal CHF 1.50 pro Stunde müsste der Tagerarif im Stadtzentrum (Höchstparkzeit 60 Minuten oder länger) von CHF 2.50 auf CHF 1.50 pro Stunde gesenkt werden. Dies hätte Mindereinnahmen in der Höhe von rund CHF 800'000 pro Jahr zur Folge.

##### **7.5.2 Haltung des Stadtrats**

Der Stadtrat erachtet die von der Initiative verlangte Senkung des Gebührenrahmens auf höchstens CHF 1.50 pro Stunde als nicht zweckmässig. Parkiergebühren stellen ein wichtiges Instrument der städtischen Verkehrspolitik dar und tragen dazu bei, die Nutzung des öffentlichen Raums zu steuern sowie Anreize zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und Veloverkehrs zu setzen. Eine solche Reduktion des Gebührenrahmens würde diese Lenkungswirkung erheblich schwächen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass eine solche Senkung dazu führen würde, dass oberirdische Parkplätze

---

<sup>13</sup> Vgl. Massnahmen Mobilitätskonzept 2040, Ziff. 2.4: «Mit der Parkplatzbewirtschaftung wird zum einen eine Kostendeckung für den gesteigerten Gebrauch des öffentlichen Grundes vorgenommen und zum anderen ein Anreiz geschaffen, den ÖV und LV zu nutzen. Die öffentlichen Parkplätze sind angemessen und nutzungsgerecht zu bewirtschaften.»

im Stadtzentrum deutlich günstiger wären als vergleichbare Parkplätze in Parkgaragen (vgl. nachfolgende Tabelle). Dies würde dem verkehrspolitischen Ziel widersprechen, den ruhenden Verkehr nach Möglichkeit in Parkgaragen zu verlagern.

<b>Parkgarage</b>	<b>Tarif CHF/Std.; tagsüber</b>
PG Bahnhof (3./4. UG)	2.60
PG Brühltor	2.00
PG Burggraben	2.00
PG Stadtpark / AZSG	1.60
PG Einstein	2.50
PG Manor	bis 1 Std.: 2.50/h 1 – 3 Std.: 3.00/h ab 3 Std.: 4.50/h
PG Neumarkt	3.00
PG Oberer Graben	2.00
PG Raiffeisen	bis 3 Std.: 2.00/h 3 – 13 Std.: 1.50/h ab 13 Std.: 1.00/h
PG Spisertor	Maximaltarif pro Tag: CHF 30.00
PG Rathaus	2.40
PG Kreuzbleiche	1.50 <sup>14</sup>
Parkhaus Central	bis 1 Std.: CHF 2.00 bis zu 2 Std.: CHF 3.40 bis zu 3 Std.: CHF 5.00 bis zu 4 Std.: CH 7.20

Schliesslich liegt der Tagesstarif im Stadtzentrum in einem mit anderen Schweizer Städten vergleichbaren Rahmen: Basel, Luzern und Zürich haben die Parkiergebühr für vergleichbare bewirtschaftete Oberflächenparkplätze auf CHF 3.00 pro Stunde, Bern auf CHF 2.20<sup>15</sup> pro Stunde festgelegt. Aus diesen Gründen ist der Stadtrat der Ansicht, dass am bestehenden Gebührenrahmen und folglich am entsprechenden Tarif festgehalten werden soll.

## **7.6 Bewilligung für Anwohner und Anwohnerinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. a)**

Seit Inkrafttreten des Parkierreglements am 1. April 2007 beträgt der Gebührenrahmen für eine Parkierbewilligung für Anwohnende in der EBZ CHF 20.00 bis CHF 40.00. Die Gebühr für eine EBZ-Bewilligung für Anwohnende liegt seit dem 1. Januar 2011 unverändert bei CHF 30.00. Die Initiative beantragt demgegenüber eine Senkung des Gebührenrahmens auf höchstens CHF 30.00.

<sup>14</sup> Mit der Erneuerung der Parkgarage wird auch die Tarifierung erhöht. Die Erhöhung soll sich an den übrigen innerstädtischen Parkgaragen orientieren.

<sup>15</sup> Am 23. Juni 2023 haben die Stimmberechtigten der Stadt Bern mit 60,78 Prozent einer Erhöhung der Parkiergebühren von CHF 2.20 pro Stunde auf CHF 3.30 pro Stunde zugestimmt. Gegen den Volksentscheid wurde Beschwerde erhoben; das Verfahren ist vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern hängig (Auskunft der Stadt Bern vom 23.03.2026).

### **7.6.1      Finanzielle Auswirkungen**

Eine Reduktion des Gebührenrahmens auf maximal CHF 30.00 hätte keine finanziellen Auswirkungen zur Folge. Die Monatsbewilligung für Anwohnende würde wie bisher CHF 30.00 betragen.

### **7.6.2      Haltung des Stadtrats**

Auch wenn die vorgeschlagene Reduktion des Gebührenrahmens derzeit keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen hätte, würde damit der Handlungsspielraum für zukünftige Anpassungen unnötig eingeschränkt. Der bestehende Gebührenrahmen hat sich bewährt und ermöglicht es dem Stadtrat, bei veränderten Rahmenbedingungen flexibel zu reagieren. Eine Reduktion des maximal zulässigen Tarifs würde diese Flexibilität ohne sachlichen Grund beschneiden. Der Stadtrat erachtet es daher als zweckmässig, am bestehenden Gebührenrahmen festzuhalten.

### **7.7          Bewilligung für Pendler und Pendlerinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b)**

Seit dem 1. April 2009 beträgt der Gebührenrahmen für Parkierbewilligungen für Pendlerinnen und Pendler in der EBZ CHF 60.00 bis CHF 150.00 pro Monat. Per 1. November 2024 erhöhte der Stadtrat die entsprechende Gebühr auf von CHF 133.00 bis CHF 150.00 pro Monat. Die Initiative verlangt demgegenüber eine Reduktion des Gebührenrahmens auf höchstens CHF 80.00 pro Monat.

#### **7.7.1      Finanzielle Auswirkungen**

Bei einer Reduktion des erwähnten Gebührenrahmens auf maximal CHF 80.00 pro Monat müsste auch die Pendler-Parkbewilligung von CHF 150.00 auf CHF 80.00 pro Monat gesenkt werden. Im Jahr 2025 wurden 2'060 Monatskarten verkauft. Die Gebührenreduktion hätte entsprechend Mindereinnahmen in der Höhe von rund CHF 145'000 pro Jahr zur Folge.

#### **7.7.2      Haltung des Stadtrats**

Im Sinne einer verkehrslenkenden Massnahme hat der Stadtrat im Jahr 2012 festgelegt, dass die Pendler-Parkbewilligung gegenüber dem Zonen-Abonnement (2 Zonen) des Tarifverbundes Ostwind etwa 75 Prozent teurer sein und entsprechend mit der Anhebung der Tarife der Verkehrsbetriebe angepasst werden soll. Folglich hat der Stadtrat im Hinblick auf die Erhöhung des Ostwindtarifes auf den Fahrplanwechsel 2024 die Pendler-Parkbewilligung auf CHF 150.00 pro Monat erhöht. Die Kosten für ein Ostwind Monatsabo für 2 Zonen stiegen per 1. Dezember 2023 von CHF 76.00 auf CHF 79.00.

Die heutige Gebührenhöhe ist Teil einer bewusst festgelegten verkehrslenkenden Strategie, welche den öffentlichen Verkehr für Pendlerinnen und Pendler attraktiver machen soll. Eine deutliche Reduktion des Gebührenrahmens und folglich der entsprechenden Gebühr würde diesen Lenkungseffekt schwächen und gleichzeitig zu erheblichen Mindereinnahmen für die Stadt führen. Aus diesen Gründen ist der Stadtrat der Auffassung, dass am bestehenden Gebührenrahmen und der aktuellen Gebührenhöhe festgehalten werden soll.

### **7.8          Bewilligung für Besucher und Besucherinnen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. c)**

Das Parlament entschied am 22. August 2023, die Bewilligung für Besucherinnen und Besucher (Tageskarte) für das unbeschränkte Parkieren in der EBZ nicht mehr während desselben Tages, sondern während 24 Stunden zu ermöglichen. In der Folge erhöhte der Stadtrat die Gebühr von CHF 9.00 pro Tag auf CHF 10.00 für 24 Stunden. Die Initiative verlangt demgegenüber, den Gebührenrahmen von CHF 6.00 bis CHF 12.00/24 Stunden auf CHF 5.00 bis CHF 8.00/Tag zu reduzieren.



### **7.8.1 Finanzielle Auswirkungen**

Mit der Reduktion des Gebührenrahmens auf maximal CHF 8.00/Tag müsste die Parkiergebühr von aktuell CHF 10.00 auf CHF 8.00 gesenkt werden. Zudem wäre es mit der Bewilligung nicht mehr möglich, während 24 Stunden zu parkieren, sondern lediglich am selben Tag. Diese Reduktion hätte bei durchschnittlich rund 132'000 EBZ-Tagesbewilligungen pro Jahr jährliche Mindereinnahmen in der Höhe von rund CHF 264'000 zur Folge.

### **7.8.2 Haltung des Stadtrats**

Die Bewilligung für Besucherinnen und Besucher wurde bewusst auf 24 Stunden ausgedehnt, um eine flexiblere Nutzung zu ermöglichen. Eine Rückkehr zur Tageskartenregelung würde diese Flexibilität einschränken und für die Nutzerinnen und Nutzer eine Verschlechterung darstellen. Ausserdem erachtet der Stadtrat den Tarif von CHF 10.00/24 Stunden für angemessen – insbesondere im Vergleich zu den Kosten für Parkplätze in öffentlichen Parkgaragen (vgl. Ziff. 5.5.2) sowie zu den Tarifen anderer Städte. So kostet eine Tagesbewilligung (für einen Kalendertag) in der Blauen Zone in Winterthur CHF 10.00, in Zürich CHF 15.00 und in Basel CHF 20.00. Die Kosten für eine 24-Stunden-Karte für die Blaue Zone betragen in Bern CHF 16.00 und in Luzern CHF 20.00.

Der Stadtrat ist daher der Auffassung, dass am bestehenden Gebührenrahmen festzuhalten ist.

### **7.9 Polizeiliche Sonderparkierregelung (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 4)**

Gemäss Art. 14 Abs. 2 und 3 des Parkierreglements kann die Polizei in besonderen Fällen vorübergehend eine vom ordentlichen Parkierregime abweichende Anordnung der Parkfelder oder Beschränkung der Parkierzeit festlegen sowie im Rahmen von Anlässen geeignete Örtlichkeiten vorübergehend zu Parkierzwecken verwenden. So kann sie beispielsweise anlässlich eines Grossanlasses eine nahegelegene Örtlichkeit temporär als Parkfläche zur Verfügung stellen. Für eine solche polizeiliche Sonderparkierregelung können Gebühren erhoben werden (Art. 14 Abs. 4 Parkierreglement).

Das Stadtparlament erhöhte am 22. August 2023 die Maximalgebühr für polizeiliche Sonderparkierregelungen von CHF 8.00 auf CHF 20.00 pro Tag. In der Folge setzte der Stadtrat die Parkiergebühr bei Grossanlässen per 1. November 2024 von bisher CHF 8.00 (Stadtzentrum) bzw. CHF 4.00 (Übriges Stadtgebiet) für das gesamte Stadtgebiet einheitlich auf CHF 10.00 pro Platz und Tag fest. Begründet wurde die Erhöhung damit, dass sich die Maximalgebühr an der damaligen Gebühr für die EBZ-Tageskarte für Besucherinnen und Besucher orientierte, diese Gebühr in der Zwischenzeit jedoch angehoben wurde und im Unterschied zur EBZ für die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Sonderparkierflächen jeweils entsprechende Aufwendungen anfallen. Zudem werden anlässlich von Veranstaltungen der Olma Messen beim Güterbahnhof St.Fiden je Fahrzeug bzw. Platz und Tag CHF 20.00 erhoben. Da es sich beim Bahnhofareal St.Fiden um Finanzvermögen der Stadt St.Gallen handelt, fällt dessen Parkplatzbewirtschaftung jedoch nicht unter den Geltungsbereich des städtischen Parkierreglements.

Die Initiative sieht demgegenüber vor, die Maximalgebühr für Grossanlässe im Stadtzentrum auf CHF 10.00 pro Tag und Platz und im übrigen Stadtgebiet auf CHF 6.00 pro Tag und Platz zu reduzieren.

#### **7.9.1 Finanzielle Auswirkungen**

Mit der von der Initiative geforderten Reduktion der Maximalgebühren müsste die Parkiergebühr im übrigen Stadtgebiet von CHF 10.00 auf CHF 6.00 pro Tag und Platz gesenkt werden. Die daraus

resultierenden Mindereinnahmen können nicht verlässlich abgeschätzt werden, da die Stadt in den vergangenen Jahren nie auf die entsprechenden Gebührentarife bei Grossanlässen zurückgreifen musste. Bei Grossanlässen genügte bislang die Parkplatzbewirtschaftung des Breitfeldes sowie des Bahnhofareals St.Fiden. Seit dem Jahr 2025 verzichtet die Stadt anlässlich der Olma aufgrund rückläufiger Nutzung zudem auf den Parkplatz Breitfeld.

#### **7.9.2 Haltung des Stadtrats**

Der Stadtrat erachtet eine Reduktion der Maximalgebühren für polizeiliche Sonderparkierregelungen bei Grossanlässen als nicht angezeigt, zumal der bestehende Gebührenrahmen derzeit nicht ausgeschöpft wird. Die im Rahmen der Gebührenanpassung erfolgte Angleichung an die 24-Stunden-Karte in der EBZ beurteilt der Stadtrat als sachgerecht und angemessen. Zudem besteht aus Sicht des Stadtrats kein sachlicher Grund, für solche Sonderparkierungen zwischen dem Stadtzentrum und dem übrigen Stadtgebiet unterschiedliche Gebührenrahmen bzw. Tarife vorzusehen.

#### **7.10 Spezialbewilligung bei Sportanlagen (Art. 15 Abs. 1 Ziff. 5)**

Gemäss Art. 15 des Vollzugsreglements zum Parkierreglement kann die Stadtpolizei regelmässigen Benützerinnen und Benützern von oberirdischen Parkplätzen und Parkgaragen mit Parkuhren oder Ticketsystem gegen Entrichtung einer vom Stadtrat festgelegten Pauschalgebühr Spezialbewilligungen abgeben. Derzeit bestehen solche Spezialbewilligungen bei Sportanlagen auf den oberirdischen Parkplätzen an der Gründenstrasse und Hafnersbergstrasse (Sportanlage Gründenmoos), auf dem Parkplatz Sportanlage Lerchenfeld (Freibad, Eishalle, Curlinghalle, Fussballplatz St.Otmar) sowie in der Parkgarage Kreuzbleiche (Sporthalle Kreuzbleiche).

Per 1. November 2024 erhöhte der Stadtrat die Gebühr für Parkierbewilligungen bei Sportanlagen von CHF 30.00 auf CHF 40.00 pro Monat bzw. von CHF 342.00 auf CHF 456.00 pro Jahr (vgl. Art. 3 Abs. 1 Parkiergebührentarif). Die Initiative beantragt nun die Schaffung eines Gebührenrahmens für Spezialbewilligungen bei Sportanlagen von maximal CHF 30.00 pro Monat bzw. CHF 342.00 pro Jahr.

##### **7.10.1 Finanzielle Auswirkungen**

Mit der Schaffung eines solchen Gebührenrahmens müsste die Gebühr für die Parkierbewilligung bei Sportanlagen von CHF 40.00 wieder auf CHF 30.00 pro Monat bzw. von CHF 456.00 auf CHF 342.00 pro Jahr reduziert werden. Im Jahr 2025 wurden 156 Monatsbewilligungen sowie drei Jahresbewilligungen erteilt. Dies hätte Mindereinnahmen von rund CHF 2'000 pro Jahr zur Folge.

##### **7.10.2 Haltung des Stadtrats**

Der Stadtrat erachtet die Einführung eines Gebührenrahmens für Spezialbewilligungen bei Sportanlagen mit entsprechender Reduktion der Gebührentarife als nicht angezeigt. Die Gebühren für Parkierbewilligung bei Sportanlagen wurden erst per 1. November 2024 moderat angepasst. Zudem ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Höhe dieser Gebühren im Vergleich zu den Kosten eines Tickets für den öffentlichen Verkehr angemessen ist.

## **8 Gesamtwürdigung der Initiative**

Nach Ansicht des Stadtrats würde die Parkgebühr-Initiative zentrale Elemente der städtischen Parkraumbewirtschaftung deutlich einschränken und den Handlungsspielraum der Stadt in der Verkehrs- und Parkplatzpolitik beschneiden. Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut und steht grundsätzlich

allen zur Verfügung. Seine Nutzung durch das Abstellen von privaten Fahrzeugen darf deshalb nicht einseitig bevorzugt oder unter dem tatsächlichen Wert abgegolten werden.

Die Initiative setzt aus Sicht des Stadtrats falsche Anreize: Mehrere ihrer Forderungen stehen im Widerspruch zu den verkehrspolitischen Zielsetzungen der Stadt, welche insbesondere die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs und eine effiziente Nutzung des öffentlichen Raums anstreben. Zudem hätte die Initiative erhebliche finanzielle Einbussen von rund 3 Millionen Franken pro Jahr zur Folge und würde die Steuerungswirkung der Parkraumbewirtschaftung deutlich schwächen. Hinzu kämen zusätzliche administrative und betriebliche Aufwendungen (zusätzlicher Personalaufwand im Verkauf, mehr Kontrollaufwand etc.).

Der Stadtrat erachtet die bestehenden Regelungen im Parkierreglement als ausgewogen und sachgerecht. Sie tragen sowohl den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen als auch den verkehrs- und umweltpolitischen Zielsetzungen angemessen Rechnung. Ein Anpassungsbedarf besteht daher nicht.

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament deshalb, die Parkgebühr-Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
▪ Initiativbegehren